

**KOALITIONSVEREINBARUNGEN UND NEBENABSPRACHEN**

Landesregierung beabsichtigt starke Einschnitte bei den Beamtinnen und Beamten in Baden-Württemberg

Die Geheimpläne und bisherige Nebenabreden von Ministerpräsident Winfried Kretschmann und Innenminister Thomas Strobl bei den Koalitionsverhandlungen sind jetzt publik geworden. Diese sind im Ergebnis ein Zeichen der Geringschätzung der Landesbeamtinnen und Landesbeamten und fallen mit ihren Einschnitten schlimmer aus als befürchtet.

Nicht nur bei den Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten, sondern auch bei allen anderen Betroffenen des öffentlichen Dienstes herrscht große Verärgerung und Empörung über die Pläne der Landesregierung, trotz gegenteiliger Aussagen vor der Landtagswahl, Kürzungen und starke Einschnitte ins Gehaltsgefüge der Landesbeamtinnen und -beamten und die Versorgung vorzunehmen.

Wir haben schon jetzt Schwierigkeiten, Nachwuchs zu gewinnen

Selbst Landkreispräsident Joachim Walter aus Tübingen hat sich in einem am 12. August 2016 in der Südwestpresse erschienenen Interview zur Flüchtlingsproblematik und zu den Impulsen zur Ankurbelung des sozialen Wohnungsmarktes geäußert. Unter anderem hat er auch zu den im Jahr 2017 geplanten Einsparungen bei Beamten und Kommunen Stellung bezogen und wird mit folgenden Worten zitiert: „Wir haben schon jetzt Schwierigkeiten, Nachwuchs zu gewinnen. Da wäre es kontraproduktiv, wenn die Landesregierung beim Personal schon wieder deutliche Verschlechterungen einführt. Davor kann ich nur warnen. Wenn das Land unseren Beamten erneut mit dem Rotstift kommt, können die Kommunen die Aufgaben, die uns die Politik stellt, irgendwann nicht mehr erledigen.“



Uli Müller

Diese Aussagen von Herrn Walter können wir ausdrücklich unterstreichen! Gerade die Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten, die derzeit mit am stärksten belastet sind und die Vorstellungen der Landesregierung primär umsetzen sollen, werden mit dieser vorgesehenen Deckelung von Lohnabschlüssen auf höchstens 1% und „moderaten“ Ruhegehaltskürzungen nicht von den Tarifabschlüssen im öffentlichen Dienst partizipieren.

Nein, sie werden insgesamt Kürzungen ihrer bisherigen Einkommen hinnehmen müssen und damit einen realen Einkommensverlust haben!

Zudem sind in den Vorjahren die Lohnsteigerungen durch zeitlich verzögerte Umsetzungen im Beamtenbereich in der Summe wesentlich geringer ausgefallen als die im Tarifbereich ausgehandelten Lohnabschlüsse.

Es wäre ein Gebot der Anerkennung und Wertschätzung, wenn wie auf Bundesebene die Tarifabschlüsse zeit- und inhaltsgleich auf die Landesbeamtinnen und Landesbeamten übertragen werden.

Viele Polizeibeamtinnen und -beamte sind bis an die Grenze ihrer Leistungsfähigkeit oder sogar weit darüber hinaus wegen der Probleme, die u. a. mit dem riesigen Flüchtlingsstrom und anderen Kriminalitätsbereichen verbunden sind, belastet. Ständige Stressbelastung, Arbeitsverdichtung, häufige Überstunden etc. führen zu Erkrankungen, zu physisch-psychischer Erschöpfung bis hin zum Burn-out und oftmals zu vorzeitiger Dienstunfähigkeit. Immer mehr dieser Personengruppen leiden nicht nur unter physischen, sondern auch unter den psychischen Folgen, die der anspruchsvolle und belastende Behördenalltag zunehmend mit sich bringt. Anhaltende personelle Unterbesetzung und Überstunden verstärken diese sicher länger anhaltende schwierige Situation.

Was beabsichtigt die Landesregierung?

Nach den Vorstellungen der Landesregierung sieht es so aus, dass künftig die im öffentlichen Dienst vereinbarten Lohnabschlüsse nicht mehr auf die Polizeibeamtinnen und -beamten übertragen werden sollen, sondern die Höhe auf maximal 1% gedeckelt werden und eine deutliche Absenkung der Pensionen um fast 2% beabsichtigt ist. Schon in den letzten Jahren wurden die im öffentlichen Dienst vereinbarten Lohnerhöhungen nicht mehr

Fortsetzung auf Seite 2



Die Landesredaktion ist unter der E-Mail-Adresse redaktion@gdp-bw.de zu erreichen.

Bitte alle Artikel, die in der Deutschen Polizei, Landesjournal, veröffentlicht werden sollen, an diese E-Mail-Adresse senden. In dringenden Fällen erreicht Ihr mich auch unter der Telefonnummer 0 15 25/3 45 43 84

Der Redaktionsschluss für die Dezemberausgabe 2016 des Landesjournal Baden-Württemberg ist am Freitag, dem 28. Oktober 2016. Für die Januarausgabe 2017 ist er am Freitag, dem 25. November 2016.

Nicht rechtzeitig zum Redaktionsschluss eingesandte Artikel können von uns leider nicht mehr berücksichtigt werden. Zur einfacheren Bearbeitung bitten wir um Übersendung von unformatierten Word-Texten ohne Fotos. Diese bitte separat versenden.

Wolfgang Kircher

DEUTSCHE POLIZEI
Ausgabe



Baden-Württemberg

GdP-Geschäftsstelle:

Maybachstraße 2, 71735 Eberdingen
Telefon (0 70 42) 8 79-0
Telefax: (0 70 42) 8 79-2 11
E-Mail-Adresse: info@gdp-bw.de
Internet: www.gdp-bw.de

Service GmbH BW:

Telefon: (0 70 42) 8 79-0
Telefax: (0 70 42) 8 79-2 11
E-Mail-Adresse: Info@gdp-service.com

Redaktion:

Wolfgang Kircher (V.i.S.d.R.)
Schwalbenweg 23
71139 Ehningen
privat: (0 70 34) 76 83
Mobil: (0 15 25) 3 45 43 84
E-Mail: redaktion@gdp-bw.de

Verlag und Anzeigenverwaltung:

VERLAG DEUTSCHE
POLIZEILITERATUR GMBH
Anzeigenverwaltung
Ein Unternehmen der
Gewerkschaft der Polizei
Forststraße 3a, 40721 Hilden
Telefon (02 11) 71 04-1 83
Telefax (02 11) 71 04-1 74
Verantwortlich für den Anzeigenteil:
Antje Kleucker
Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 38
vom 1. Januar 2016
Adressverwaltung:
Zuständig sind die jeweiligen
Geschäftsstellen der Landesbezirke.

Herstellung:

L.N. Schaffrath GmbH & Co. KG
DruckMedien
Marktweg 42-50, 47608 Geldern
Postfach 14 52, 47594 Geldern
Telefon (0 28 31) 3 96-0
Telefax (0 28 31) 8 98 87

ISSN 0170-6381

Fortsetzung von Seite 1

inhaltsgleich, sondern bis zu zwölf Monate zeitversetzt gewährt, was eine deutliche Benachteiligung und geringere Lohnerhöhung im Beamtenbereich zur Folge hatte. So ist zum Beispiel die Besoldung im Zeitraum 2000 bis 2011 mit einem Plus von 17,5% sogar hinter der Inflationsrate (+19,3%) zurückgeblieben.

Zwar sind die von der Landesregierung bis zum Jahr 2021 beabsichtigten Investitionen bei der Polizei in Technik und Ausstattung von 100 Millionen Euro gut gemeint und absolut notwendig, aber hier versucht man die Versäumnisse der letzten 20 Jahre auszugleichen und die längst dringend benötigte Modernisierung technischer Einsatzmittel und Ausrüstung zu verbessern.

Allerdings haben da die Polizeibeamten persönlich trotzdem nicht mehr Geld in der Tasche und dies führt zu totaler Verärgerung!

Was erwarten die Polizeibeamtinnen und -beamten?

Die Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten möchten keine Sonderbehandlung zu anderen Sparten des öffentlichen Dienstes, sondern erwarten lediglich eine Gleichbehandlung und inhaltsgleiche Übertragung der Lohnabschlüsse des Tarifbereichs im öffentlichen Dienst und keine Kürzungen bei Pensionen!

Die Bundespolizei hat vorgelegt

Während die Landesregierung Baden-Württemberg gemäß dem Koalitionsvertrag die Abschlüsse der Lohnverhandlungen im öffentlichen Dienst wie beschrieben nicht übernehmen möchte, wurde im Mai 2016 bei den Tarifverhandlungen des Bundes in Potsdam vereinbart, dass die Realeinkommen der Beschäftigten im öffentlichen Dienst von Bund und Kommunen steigen. In zwei Stufen ist ein Lohnplus von 4,75% bis 2017 vorgesehen, sagte Bundesinnenminister Thomas de Maizière (CDU). Die Laufzeit beträgt 24 Monate. Dieser Tarifabschluss wird laut Bundesinnenminister de Maizière vorbehaltlos inhaltsgleich auf die Bundespolizei übertragen!

Da sieht man, was mit gutem Willen machbar ist und wer hinter seiner Polizei steht.

Wie ist das Argument finanzieller Engpässe zu werten?

Laut Angaben des Statistischen Bundesamtes in Wiesbaden vom 25. August 2016 hat die brummen- de Konjunktur dem deutschen Staat im ersten Halbjahr einen Haushaltsüberschuss von 18,5 Milliarden Euro beschert. Bund, Länder,



Michael Kloos

Gemeinden und Sozialversicherung profitierten weiter von einer günstigen Beschäftigungs- und Wirtschaftsentwicklung sowie einer moderaten Ausgabenpolitik. Der Bund der Steuerzahler forderte „spürbare“ Erleichterungen für die Bürger etwa durch Abschaffung des Solidaritätszuschlags. Angesichts des hohen Überschusses sei es „höchste Zeit“ für Entlastungen. Den Angaben zufolge ergibt das Gesamtplus bezogen auf das Bruttoinlandsprodukt eine Überschussquote von 1,2%.

Die Einnahmen des Staates erhöhten sich im ersten Halbjahr 2016 auf 692,9 Milliarden Euro – ein Plus von 4,2% im Vergleich zum Vorjahreszeitraum. In den Folgejahren wird sich der Anstieg nach Einschätzung der Experten deutlich beschleunigen. Im Jahr 2020 werden die Einnahmen demnach bei 808,1 Milliarden Euro liegen.

Somit kann es nicht am fehlenden Geld liegen, dass den Polizeibeamtinnen und -beamten in Baden-Württemberg die prozentualen Lohnsteigerungen, wie sie der öffentliche Dienst durch Tarifverhandlungen bekommt, verwehrt werden sollen.



KOALITIONSVEREINBARUNGEN UND NEBENABSPRACHEN**Wie sieht es in der Vergangenheit aus und verstößt die verantwortliche Politik gegen das Alimentationsprinzip?**

In Baden-Württemberg werden inhaltliche und zeitgleiche Lohnabschlüsse seit mehreren Tarifrunden nicht mehr auf die Beamtinnen und Beamten übertragen, was verbunden mit anderen erheblichen Kürzungen z. B. im Besoldungs-, Heilfürsorge- und Beihilfebereich schon zu einem realen Einkommensverlust in beträchtlicher Höhe geführt hat.

Übrigens hat das Bundesverfassungsgericht erst vor Jahresfrist vor Willkür in den Bundesländern gewarnt. Vom Urteil betroffen waren zwar nur Richter, dem Grundsatz nach soll es aber unter Anwendung des Alimentationsprinzips auf alle Staatsdiener anwendbar sein. Die Abschlüsse aus den Tarifverhandlungen von Angestellten und Beamten dürfen nicht allzu stark voneinander abweichen. Ein Unterschied von 5% binnen 15 Jahre nähre den Verdacht auf eine zu niedrige Beamtenbesoldung. Der Grundsatz der Alimentation verpflichtet das Land, seine Beamten lebenslang und nach dem Tod zum Teil die Angehörigen angemessen zu versorgen.

Mit den Bestrebungen der Landesregierung ist unserer Ansicht nach dieser Grundsatz ernsthaft verletzt, wodurch eine gerichtliche Überprüfung erforderlich wäre.

Herausforderungen für die Polizei

Nicht nur die gegenwärtige Terrorgefahr fundamentaler Islamisten und die gewaltigen Herausforderungen in Zusammenhang mit der Flüchtlingsproblematik stellen die in den vergangenen Jahren permanent personell abgebaute Polizei vor große Probleme. Neben der Terrorismusbekämpfung, dem gewaltigen Anstieg der Gewaltkriminalität, der Bekämpfung der steigenden Einbruchskriminalität vorwiegend osteuropäischer Banden und Raub- bzw. Körperverletzungen sowie der Diebstahlskriminalität vermehrt begangen durch Migranten nordafrikanischer Herkunft kommt der Polizeiarbeit ganz besondere Bedeutung zu. Darüber hinaus ist die Polizei neben anderen Kriminalitätsfeldern auch verstärkt bei gewalttätigen Demonstrationen, Fußballspielen und anderen

Großereignissen im Einsatz, die fast ausschließlich mit Schlägereien und tätlichen Angriffen gegen Polizeibeamte verbunden sind. Die steigende Respektlosigkeit innerhalb der Gesellschaft, die steigende Gewalt gegen Polizeibeamte und die Intensität der Einsätze bringen viele Polizeibeamte an die physische und psychische Belastungsgrenze. Deshalb fordern wir zeit- und inhaltsgleiche Tarifergebnisse für alle Polizisten in Baden-Württemberg.

Trotz der schlechtesten Polizeidichte (Verhältnis Einwohnerzahl zu Polizeibediensteten) in den Flächenländern innerhalb der Bundesrepublik Deutschland leistet die Polizei in Baden-Württemberg für die Bürgerinnen und Bürger hervorragende Polizeiarbeit und setzt sich bis zur Grenze des Belastbaren für die Sicherheit und Ordnung im Land ein. Der überaus belastende und strapaziöse Polizeidienst genießt in der Bevölkerung hohe Anerkennung, was Meinungsumfragen auch jüngst wieder bestätigten.

Nur darf die Politik unter diesen Umständen die Geduld der Polizeibeamtinnen und -beamten nicht überstrapazieren! Irgendwann wird der Bogen überspannt.

Auswirkung der geplanten Einschnitte bei der Polizei

Nach neuesten Berechnungen fehlen in Baden-Württemberg derzeit ca. 2500 Polizeibeamte für die Bewältigung polizeilicher Aufgaben. Zwar hat die Landesregierung vor, bis 2021 insgesamt 1500 Neueinstellungen, davon 600 im Tarifbereich, zu ermöglichen, doch sind diese teilweise erst in 3 bis 4½ Jahren nach ihrer Ausbildung voll einsatzfähig und eine echte Verstärkung. Die Kolleginnen und Kollegen in den Einsatzeinheiten haben Dienstzeiten, die mit dem Grundsatz der Vereinbarkeit zwischen Beruf und Familie nicht mehr im Entferntesten in Einklang zu bringen sind. Große Konkurrenz in der freien Wirtschaft und fehlende Attraktivität des Polizeiberufs mit Nichtbesetzung aller Ausbildungsstellen gefährden ernsthaft diese gutgemeinte Absicht einer geplanten Stellenerhöhung.

Wie sollen pro Jahr 1400 Ausbildungsstellen besetzt werden, wenn

der Polizeiberuf durch die realen Einkommensverluste (Absenkung der Pension, deutlich geringere Lohnsteigerung als bei Angestellten im öffentlichen Dienst) noch unattraktiver wird und man jetzt schon über jeden Bewerber froh sein muss, um die vergleichsweise niedrigeren Einstellungszahlen der letzten Jahre vollzubekommen?

Eine deutliche finanzielle Verbesserung – zumindest eine inhaltsgleiche Lohnerhöhung wie bei den Tarifabschlüssen des öffentlichen Dienstes – sowie Verzicht auf Pensionskürzungen wären ein Zeichen der Wertschätzung für den schwierigen Polizeidienst, der in allen gesellschaftlichen Bereichen mittlerweile wie bereits erwähnt und durch Umfragen bestätigt höchste Anerkennung erfährt.

Die derzeit mehr als 1300 000 Mehrarbeitsstunden mit steigender Tendenz verschärfen die Personalsituation zusätzlich. Wenn dann noch bis zum Jahr 2022 die Hälfte der Polizeivollzugsbeamten in Pension gehen, muss klar sein, wo der Hebel längst anzusetzen ist.

Eindeutig bei einem Votum pro Polizei!

Diese Mehrarbeitsstunden bei der Polizei in Baden-Württemberg, welche wegen Personalmangels und der anstehenden Aufgaben mit hoher Wahrscheinlichkeit nicht wesentlich abgebaut werden können, sondern eher deutlich anwachsen werden, sprechen eine deutliche Sprache für den derzeitigen prekären und riskanten Zustand mit unabsehbaren negativen Folgen für die Zukunft.

Insbesondere in der heutigen und künftigen Zeit braucht die Polizei die Akzeptanz der Bevölkerung und den Rückhalt der politisch Verantwortlichen, um ihren unter Berücksichtigung der Gesamtumstände schwierigen Aufgaben gewissenhaft und mit vollem Engagement nachkommen zu können.

Die Wertschätzung und Anerkennung für die Leistung der Polizei mit diesen vorgesehenen Einsparmaßnahmen seitens der Politik ist überhaupt nicht mehr vorhanden! Loyalität kann und darf keine Einbahnstraße sein.

Wie sieht die von der Politik vor der Wahl proklamierte verlässliche und faire Partnerschaft aus?

Eine vertrauensvolle, verlässliche und faire Partnerschaft zwischen der Politik und der Polizei ist unter den geschilderten Umständen, aber auch nach dem Versprechen vor der Landtagswahl, mit der CDU gäbe es keine Kompromisse im Bereich der Übertragung der Tarifergebnisse, im Hinblick auf die kommenden Bundes- und Landtagswahlen nicht mehr gegeben.

Wenn dann noch der Eindruck entsteht, dass wegen der Kosten im Rahmen der Flüchtlingskrise die Tarifabschlüsse des öffentlichen Dienstes nicht inhalts- und zeitgleich auf die Polizeibeamten trotz guter Konjunktur und Steuermehreinnahmen übertragen werden bzw. das Ruhegehalt gekürzt werden soll, dann müssen sich alle Polizeibeamtinnen und -beamten die

Frage stellen, wo die faire Partnerschaft geblieben ist, welche die aktuelle Landesregierung lautstark proklamiert hat.

Dieses Verhalten der Politik, vor den Landtagswahlen Versprechungen zu machen bzw. die Karten nicht auf den Tisch zu legen und dann entgegen den Wahlaussagen Kürzungen bei den Landesbeamtinnen und Landesbeamten schon in der Schublade zu haben, verteilen wir auf das Schärfste und fühlen uns hinters Licht geführt.

Wo bleibt da noch das Vertrauen in die Politik?

Forderung an die Politik

Abschließend fordern wir, dass in dieser schwierigen Zeit auch die Leistung der Beamten bzw. Polizei-

beamtinnen und Polizeibeamten und aller im öffentlichen Dienst Beschäftigten von der Politik entsprechend gewürdigt und honoriert wird sowie Wertschätzung auch in finanzieller Hinsicht erfahren.

Zumindest verbal hört man immer wieder diese Worte von den verantwortlichen Politikern – Taten scheinen nicht zu folgen.

Sollte ein Umdenkprozess der politisch Verantwortlichen für die Polizisten nicht erfolgen, fordern wir alle Betroffenen auf, nicht in einer Schockstarre zu verharren, sondern im Rahmen der gesetzlichen Möglichkeiten für ihre Interessen einzutreten.

An wirkungsvollen und öffentlichkeitswirksamen Ideen wird es uns nicht fehlen!

Uli Müller und Michael Kloos

PERSONALMITTEILUNGEN

Die GdP gratuliert herzlich

ZUR BEFÖRDERUNG ZUM/ZUR: Polizeidirektor

PP Aalen: Helmut Argauer.
PP Reutlingen: Mathias Lipp.
PP Ulm: Konrad Aichinger.

Erster Kriminalhauptkommissar

PP Reutlingen: Bernhard Lohr.
Polizeihauptkommissar/-in
PP Reutlingen: Frank Berger, Norbert Gieger, Joachim Rieg.
PP Ulm: Heiko Schliftenberger, Peter Lienhardt, Hans Scheiring.

Polizeioberkommissar/-in

PP Reutlingen: Anne-Katrin Nill, Jörg Speidel, Werner Feger.
PP Tuttlingen: Sonja Schweizer, Armin Killmaier.

PP Ulm: Jochen Schiebler.

Kriminalkommissar/-in

LKA: Melanie Leichtle.

Polizeikommissar/-in

PP Aalen: Uwe Krauss, Petra Bohm, Dennis Schultheiss.
PP Ulm: Klaus Römer.

Polizeihauptmeister/in mit Zulage

PP Einsatz: Oliver Schmidt, Bernhard Jäger.
PP Reutlingen: Claudia Baldauf, Andreas Mank, Jochen Klettner.

PP Tuttlingen: Michael Zinnebner, Gerhard Bihler, Johannes Leibold.
PP Ulm: Paul Lenz.

Polizeihauptmeister/-in

PP Einsatz: Stephan Bacher.
PP Reutlingen: Sabine Dausch, Stefanie Deininger, Sabine Schneck, Diane Cooksey, Kerstin Borka, Rene Kniest.

PP Tuttlingen: Sascha De Poel.

PP Ulm: Diana Ullrich, Grit Schumacher-Müller, Judith Duller, Janine Jaklinovic.

Polizeiobermeister/-in

PP Einsatz: Timo Schefold, Christian Becker, Maximilian Müller.

PP Heilbronn: Philip Haas.
PP Reutlingen: Daniel Glänzer, Bettina Sauerbeck, Tina Schmid.
PP Tuttlingen: Dominic Krötz, Stefan Dietrich, Sven Oberghell, Alexander Butz.

PP Ulm: David Haberbosch.

Es traten in den Ruhestand:

PP Karlsruhe: Eberhard Thielsch.

**Wir wünschen im
Ruhestand alles Gute.
Zusammengestellt von
Angelika Burckhardt**

FRAUENGRUPPE



Gewerkschaft der Polizei

**GdP Frauen-
seminar 2016**

Wenn alles an mir zerrt – Selbstfürsorge im Alltag

Wann: am 14. Oktober 2016, Beginn 10 Uhr

Veranstaltungsort: Lehrsaal des Polizeipräsidium Ludwigsburg, Friedrich-Ebert-Straße 30, 71638 Ludwigsburg

Teilnehmeranzahl: 15

Jeder kennt die Belastungen des Alltags. Jeder hat eigene Strategien, damit umzugehen. Bei unserem Seminar möchten wir uns professionelle Tipps geben lassen, wie wir unseren Alltag „ruhiger und stressfreier“ angehen können.

**Wir freuen uns auf Euch!
Euer Landesfrauenvorstand**

Anmeldungen bei der GdP-Geschäftsstelle, Tel.: 0 70 42/87 90 oder per E-Mail an andrea.stotz@gdp-bw.de.



DIENSTPOSTENBEWERTUNG

Expertengespräch zur Bündelung im Projekt Dienstpostenbewertung

Am 23. August 2016 hat das LPP die Gewerkschaften zu einer Expertenrunde zum Thema Bündelung der Dienstposten eingeladen. Die GdP wurde durch den stellv. Landesvorsitzenden Hans-Jürgen Kirstein vertreten.

Im Kern ging es um die Frage, ob eine Bündelung im gehobenen Dienst von A 9 bis A 11 oder A 10 bis A 12 sinnvoll wäre? Für den mittleren Dienst stellt sich die Frage nicht, weil laut Aussagen in diesem Kreise jede/r Polizistin/Polizist die Position A 9 Z auf seinem Posten erreichen kann, ohne die Dienststelle wechseln zu müssen.

Weiter wurden die Planungen erläutert, die derzeit in der Projektgruppe diskutiert werden. Über die Inhalte möchte das LPP in einer eigenen Info in Kürze berichten. Aus diesem Grunde ging es wie oben schon erwähnt lediglich um die Bündelungsfrage.

Als GdP haben wir die Meinung vertreten, dass es keine Unterschiede in den Dienstzweigen Schutz- und Kriminalpolizei sowie der Verwaltung geben darf. Dies wurde auch im Kern von den Teilnehmern ebenso gesehen. Schwieriger wurde es bei der Diskussion um die Flexibilität zu den Aufstiegsvarianten, welche wegen der Besonderheiten in der Kriminalpolizei durch die Aufgabenwahrnehmungen eine besondere Rolle spielen. Die Darstellung der verschiedenen Modelle wurde mit deren Vor- und Nachteilen erörtert und intensiv diskutiert. Hierbei ist es unstrittig, dass es sich bei den A13-Stellen fast ausschließlich um Führungspositionen handelt.

Von der Projektleitung wurde auch erwähnt, dass es schwierig sei, eine eigene Aufgabenbeschreibung beim Einstiegsamt A 9 im gehobenen Dienst zu definieren, weil es sehr unterschiedliche Wege gibt, in dieses Amt zu gelangen.

Die Aussage, dass das Erreichen der „Endstufe in der Bündelung gesichert sei“, ruft in mir eine gewisse Skepsis auf. Selbst bei der Kripo wäre es möglich, dass grundsätzlich jeder in seinem Aufgabenbereich A 12 und A 13 werden kann. Hier wird erst die Erfahrung zeigen, ob dem wirklich so ist.

Für die Umsetzung ist eine lange Zeitschiene vorgesehen, wie ich schon aus Kollegenkreisen gehört hatte. Das wurde in dieser Runde von der Projektgruppe 1 bestätigt und für die Umsetzung sind ca. vier Jahre vorgesehen. Eine wichtige Kernaussage war meiner Meinung nach hierbei, dass bei der Einführung der Dienstpostenbewertung ca. 90% der Beschäftigten in ihrem Aufgabenbereich bestätigt werden.

Ziel der GdP ist die Zweigeteilte Laufbahn

Zur Positionierung der GdP haben wir eingebracht, dass wir das Ziel der Einführung der Zweigeteilten Laufbahn nicht aus den Augen verlieren und wir nicht für Sonderwege plädieren, was einer Bündelung von A 10 bis

A 12 näherkommen würde. Somit treten wir der Forderung des BDK zur Bündelung von A 10 bis A 12 näher.

Für den BDK stellt der Vorsitzende Klumpp dar, dass die Forderungen in der Vorlage weitestgehend berücksichtigt seien, nur fehle ihm der Glaube, dass es auch so funktionieren wird, wie es diskutiert wurde.

Für die DPolG hat der Vorsitzende Kusterer erwähnt, dass mit der Sonderlaufbahn P alle Probleme gelöst seien und er die Argumente von der Darstellung nachvollziehen kann und somit die Bündelung von A 9 bis A 11 als sinnvoller ansieht. Alles Weitere wird die Erfahrung zeigen.

Einigkeit bestand darin, dass juristisch nicht viel umfangreich geklärt ist und erst nach einem Einstieg die Erfahrungen gemacht werden müssen. Egal mit welchem System begonnen wird.

Im Allgemeinen ist die Mehrzahl der Rechtsprechungen nicht sehr bündelungsfreudig und die Tendenz



geht eher dahin, alle Stellen einzeln zu bewerten.

Nun liegt es an der Projektleitung, Herrn LPP Klotter, nach Abwägung aller Argumente die Entscheidung zu treffen, in welcher Form gebündelt werden soll. Wir als GdP gehen davon aus, dass über diese Entscheidung zeitnah die Belegschaft informiert wird, um Spekulationen und anderen Gerüchten entsprechend vorzubeugen.

Für uns als GdP ist leider nicht der Ansatz gewählt worden, die Tätigkeiten, wie in vielen Gutachten schon geschehen, zu beschreiben und daraus die notwendige Bezahlung (wie im Tarifrecht), sprich das Amt zu benennen, um dann anschließend die notwendigen Stellen von der Politik einzufordern. Die Gutachten sind alle eindeutig:

Die Aufgaben der Polizei sind dem gehobenen und höheren Dienst zuzuordnen. Dem ist nichts mehr hinzuzufügen.

H.-J. K



GdP-JUGENDFREIZEIT

Hoher Besuch bei der GdP-Jugendfreizeit

Vom 30. Juli bis 6. August 2016 fand in Markelfingen die GdP-Kinder- und -Jugendfreizeit statt. Am 3. August hatte sich hoher Besuch angekündigt.

Der Minister für Soziales und Integration, Manne Lucha, besuchte auf seiner Sommertour auch das DGB-Jugendcamp in Markelfingen und sprach mit Vertretern des DGB und der GdP, u. a. mit der stellvertretenden DGB-Landesvorsitzenden Gabriele Frenzer-Wolf, dem DGB Bezirksjugendsekretär Andre Fricke, dem GdP Landesvorsitzenden Rüdiger Seidenspinner, seinen beiden Stellvertretern Hans-Jürgen Kirstein und Wolfgang Kircher und dem GdP-Geschäftsführer Ralf Knosp. Verena Keppler, die GdP-Landesjugendvorsitzende, erklärte ihm den Campbetrieb anhand der gera-



V. r. n. l.: Gabriele Frenzer-Wolf, Manne Lucha, Hans-Jürgen Kirstein, Verena Keppler, ganz links Rüdiger Seidenspinner Foto: wkgdgbw

de stattfindenden GdP-Kinder- und -Jugendfreizeit.

Auch der Konstanzer Landrat Frank Hämmerle ließ es sich nicht nehmen, den Minister im DGB Jugendcamp zu begrüßen.

AUS DEN BEZIRKS- UND KREISGRUPPEN

Ehrung eines Karlsruher Kollegen für lebensrettende Maßnahmen

Am 29. Juni 2016 wurde PK Philipp Helf vom Polizeirevier Karlsruhe-Oststadt im Rahmen der cmc-Conference, einer internationalen Konferenz für taktische Verwundetenversorgung, für sein außergewöhnliches, lebensrettendes Verhalten mit dem Preis des „Police European Best Medic“ ausgezeichnet.

1400 Zuschauer und Teilnehmer waren in Ulm Zeuge, als PK Helf bei der Preisverleihung noch einmal die Vorkommnisse vom 24. Oktober 2015 schilderte:

Nach einer Auseinandersetzung in der Karlsruher Oststadt am frühen Morgen trafen PK Helf und POM Friedle auf eine durch mehrere Messerstiche schwerstverletzte Person. Der Mann war zwar noch bei Bewusstsein, machte aber einen apathischen bzw. abwesenden Eindruck. Er wies offensichtlich diverse Stichverletzungen auf.

PK Helf und weitere Kollegen gingen sofort mit Erster Hilfe an, wobei das gesamte Verletzungsmuster erst nach und nach erkennbar wurde.

Im Einzelnen wies der Mann u. a. folgende Verletzungen auf, die von den Kollegen erstversorgt wurden: eine stark blutende Halswunde (wie sich später herausstellte, war die Lufttröhre durchtrennt), eine tiefe Bauchwunde sowie größere Schnittwunden am Oberarm.

Bei der Versorgung des Oberarms mit teils dienstlich gelieferten und teils privat beschafften Notfalldruckverbänden konnte festgestellt werden, dass es sich nicht nur um einen, sondern um insgesamt drei große, jeweils bis auf den Knochen reichende Schnittverletzungen handelte, sodass nahezu der gesamte Oberarm bis auf den Knochen abgetrennt war. Die stark blutende Bauchwunde war mit den herkömmlichen, vor Ort zur Verfügung stehenden Mitteln nicht zu stoppen. Daher zog PK Helf kurzerhand seinen dienstlich gelieferten Unterziehpulli aus und tamponierte mit diesem die Bauchwunde des Geschädigten.

GdP VOR ORT

Begrüßung der neuen Kolleginnen und Kollegen in Lahr

Am Donnerstag, dem 1. September, wurden bei der Hochschule für Polizei, Institut für Ausbildung und Training, in Lahr 210 Kolleginnen und Kollegen eingestellt.

Eine willkommene Abwechslung am stressigen ersten Tag bei der Polizei.



Pünktlich zu Dienstbeginn war die GdP in Lahr vor Ort und begrüßte die Kolleginnen und Kollegen mit Butterbrezeln, Kaffee, Capri-Sonne und dem einen oder anderen Give-Away. Der GdP-Landesvorsitzende Rüdiger Seidenspinner ließ es sich nicht nehmen und erklärte den Kolleginnen und Kollegen, wie wichtig die GdP-Literaturdatenbank bei Recherchen und Nachfragen während ihrer Ausbildung sein kann.

AUS DEN BEZIRKS- UND KREISGRUPPEN

Jahreshauptversammlung der GdP-Bezirksgruppe Ludwigsburg am 6. 10. 2016

Am Donnerstag, dem 6. Oktober 2016, findet um 18 Uhr im Sportheim Gebersheim, 71229 Leonberg-Gebersheim, An der hohlen Eiche 9, unsere diesjährige Jahreshauptversammlung statt. Unser GdP-Landesvorsitzender Rüdiger Seidenspinner hat bereits zugesagt. Wir freuen uns auf Euer zahlreiches Erscheinen.



AUS DEN BEZIRKS- UND KREISGRUPPEN

Der lange und tiefe Schnitt im Halsbereich konnte unter Zuhilfenah-

arzt zeigte sich beeindruckt von der Art und Weise, wie die schweren Verletzungen mit den zur Verfügung stehenden Mitteln versorgt worden waren. Im Nachgang bestätigte er den eingesetzten Einsatzkräften im Krankenhaus, dass der Geschädigte ihnen sein Leben zu verdanken hatte.

Bei allen bis dahin von den Kollegen versorgten Wunden konnte durch die gut angelegten Verbände die Blutung gestoppt werden. Die restlichen Messerstiche in Oberschenkel und Rücken konnten schließlich in der folgenden Notoperation ebenfalls behandelt werden.

Dieser Fall ist zwar durchaus als außergewöhnlich zu bezeichnen – gerade auch, weil hier die Wundtamponage in unkonventioneller Form mit der Dienstkleidung erfolgt

ist – jedoch ist er kein Einzelfall. In den beiden letzten Jahren kam es beim Polizeipräsidium Karlsruhe zu mindestens elf Vorfällen, in deren Folge durch die Anwendung taktischer Erster Hilfe, sei es nun in Form von Wundtamponage oder auch durch erfolgreiche Reanimation, Leben gerettet wurden.

Durch all diese Fälle sieht sich letztlich auch das Einsatztraining in seiner Ausrichtung bestätigt. Der Trend hin zur taktischen Ersten Hilfe zahlt sich aus. Genau diese – leider immer häufiger vorkommenden, schweren Verletzungsmuster – sind es, die neben den Grundlagen im Erste-Hilfe-Training thematisiert werden und deren Versorgung geübt wird.

Professionalität bestimmt unser Handeln – so lautet ja eines unserer Leitbilder. Schön, dass man im Bereich Erste Hilfe diesbezüglich ein gutes Stück vorangekommen zu sein scheint. Man könnte vielleicht auch ein anderes Uraltleitmotiv in diesem Zusammenhang etwas modifiziert wieder aufleben lassen:

Ulrich Jeck

**Die Polizei –
Dein Freund und (Erst-)Helfer!**



PK Philipp Helf mit dem überreichten Preis, dem „Löwenkopf-Säbel“ der cmc (daneben Oberfeldarzt Josse),

me des Schals des Geschädigten durch frontales Drücken tamponiert und die Blutung so gestoppt werden.

Durch den Verbrauch sämtlicher vor Ort vorhandener 24 Verbandspäckchen konnten weitere Schnittverletzungen versorgt werden.

Der im Anschluss eintreffende Not-

GEWERKSCHAFTSARBEIT

Und was sonst noch so war

Unter dieser Überschrift berichten wir über unsere tägliche Arbeit, Aktionen und Termine, die es nicht in die „Schlagzeilen“ der Digital oder der Deutschen Polizei geschafft haben, aber trotzdem erwähnenswert sind.

10. August 2016: Interview von Hans-Jürgen Kirstein, stellv. GdP-Landesvorsitzender im Deutschlandfunk, es ging um den Einsatz der Bundeswehr.

10. August 2016: Gespräch zwischen dem stellv. GdP-Landesvorsitzenden Wolfgang Kircher und dem für die Kommunen zuständigen ver.di-Gewerkschaftssekretär Thomas Schwarz, es ging um die Ausrüstung der gemeindlichen/städtischen Vollzugsbediensteten/KOD.

11. August 2016: Hans-Jürgen Kirstein gibt ein Interview bei SWR 4 zur

Einstellungsoffensive und zur Attraktivität des Polizeiberufs.

15. August 2016: Hans-Jürgen Kirstein führt ein Gespräch mit Beschäftigten des Gemeindevollzugsdienstes.

22. August 2016: Gespräch zwischen Hans-Jürgen Kirstein und dem Vorsitzenden der GdP-Bezirksgruppe PP Einsatz, Uli Müller.

2. September 2016: Vereidigung bei der Hochschule für Polizei in Lahr. Rüdiger Seidenspinner war dort.

6. September 2016: Treffen der Bezirksvorsitzenden in der GdP-Geschäftsstelle. Es ging vor allem um das gegenseitige Kennenlernen und den bevorstehenden Landesdelegiertentag.

7. September 2016: Der GdP-Vorsitzende Rüdiger Seidenspinner und

seine beiden Stellvertreter, Hans-Jürgen Kirstein und Wolfgang Kircher, führten ein erstes Gespräch mit Innenminister Thomas Strobl.



ENSINGER IST SPORT

DIE Calcium-Magnesium-POWER-QUELLE



Hergestellt mit der Kraft der Sonne
Solar-Food
und regenerativen Energiequellen



Ensinger
SPORT
MEDIUM

Natürliches Mineralwasser mit Kohlensäure versetzt
aus der Ensinger Mineralquelle, Ensingen



Ensinger

... die Calcium-Magnesium-Power-Quelle

Offizieller Partner



OLYMPIA
STÜTZPUNKT
STUTTGART